

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 29 (1935)
Heft: 10

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

stellung von „arischen“ Dienstmädchen durch Juden — neben Streichers „Stürmer“ Dinge, die ganz entsetzlich die Atmosphäre verfeuchten und das Kapitel der sittlichen Reinigung durch den Nazismus beleuchten. Dazu kommt die Schaffung eines dreifachen *Reichsbürgerrechtes*. In die erste Klasse kommen die bewährten und geprüften Anhänger des Systems, in die zweite die übrige Masse, in die dritte die Juden, die allerdings nicht mehr Bürger zu nennen sind.

Die Gesetze gegen die Juden sind im übrigen zweideutig. Sie sollen die „Radikalen“ befänftigen, zugleich aber Schacht befriedigen, der die Judenchaft nötig hat, so daß man auch wieder erklären muß, nun dürften die Juden außergesetzlich nicht mehr belästigt werden. Während dies aber an den *kleinen* Juden trotzdem geschieht (und wie!), braucht man die *großen*, als Bankiers, zur Unterbringung der neuen Anleihe.

Wie groß die Opposition ist, bewiesen Hitlers starke Drohungen gegen sie, welche mit der Behauptung, das Volk sei nun wunderbar geeinigt und ein Gegenstand des Neides in der Welt, abwechselten.

Alles in allem: das Dritte Reich ist faul bis auf das Mark. Die Gefahr ist darum, daß es, wie das faschistische Italien, das Ende der Diktaturen versuchen werde: den Krieg. Wir müssen diese Gefahr selbstverständlich im Auge haben. Alles in allem aber meine ich, es sei Anlaß zum Aufatmen. Die Götzendämmerung hat begonnen. Mussolinis moralischer Sturz ist da. Seine Entlarvung ist geschehen. Der politische Sturz wird folgen und keine Bemühung der Reaktion wird ihn verhindern. Ihm aber wird Hitler folgen und andere — auch die Reaktion. Alles in nicht zu ferner Zeit und nicht zu langsamem Tempo. *Es ist eine Wendung da, ein Durchbruch*. Das furchtbare Wetter, das uns in einer Gesamtkatastrophe zu verschlingen drohte, entlädt sich, so scheint es, in Teilkatastrophen, welche die Luft reinigen und den Horizont frei machen. Es wird zwar noch schwer genug werden und wir tun gut, „bereit“ zu sein — auf vieles, auf alles. Trotzdem — ich glaube, daß die Wendung da ist und schon ein Licht der Verheißung wieder in der Dunkelheit aufglänzt.

16. Oktober 1935.

Leonhard Ragaz.



Rundschau



Zur Chronik.

I. Weltpolitisches. 1. Außerhalb Europas. Japan stellt neue Forderungen an China und proklamiert gleichzeitig Zusammenarbeit, zum Teil unter Vorgabe gemeinsamen Kampfes gegen den Kommunismus. Tschiang-Kai-Shek treibt vielleicht ein hinhaltendes Doppelspiel. Der japanische Yen hilft bei Generälen und anderen „Großen“ nach.

Der japanische Universitätsprofessor für Staatsrecht, Doktor *Minobe*, wird wegen „westlicher“ Ansichten gemäßregelt. Seine zwei verbreiteten Textbücher werden verboten. Bei den Provinzialwahlen erlitt die Regierungspartei (Minseito) eine starke Niederlage. Die Arbeiterpartei stieg von 14 auf 33 Mandate.

Das bisher zu China gehörende *Chinesisch-Turkestan* (Sinkiang) hat sich als unabhängige Sowjetrepublik erklärt.

Zum Präsidenten der *Philippinen* ist mit großer Mehrheit Quazo gewählt worden.

Die Amerikaner haben in der Nähe von Hawaii mehrere unbewohnte Koralleninseln besetzt, um sie als *Flugzeugstationen* zu gebrauchen.

Der Krieg im *Chaco* drohte zeitweilig wieder aufzuflammen. Hoffentlich kommt es nicht zu diesem Wahnsinn!

Brasilien und Argentinien haben einen Nichtangriffspakt abgeschlossen.

In *Canada* haben die Wahlen einen gewaltigen Sieg der von Makenzie King geführten „*Liberalen*“ gebracht. Die Partei des Canadian Cooperatif Movement ist, wie es scheint, durch die Social Credit Party stark geschädigt worden.

Der Diktator von Louisiana, *Huey Long*, ist nach Aussage sozialistischer Blätter doch besser gewesen als andere Diktatoren: er habe eine große Anzahl von wichtigen und dringenden sozialen Reformen durchgesetzt und die schwere Korruption des früheren herrschenden Systems bekämpft.

2. *In Europa.* In *Portugal* hat eine Revolte gegen die klerikal-faschistische Diktatur stattgefunden, die leicht niedergeschlagen wurde, in *Bulgarien* ein schwerer, faschistisch-militaristischer Aufstand gegen die freilich auch diktatorische Monarchie. Hier herrscht der „Ausnahmezustand“. In *Griechenland* haben die Monarchisten durch einen Staatsstreich unter der diktatorischen Führung des Generals und Kriegsministers Kondylis und vermittels einer parlamentarischen Komödie den vertriebenen König wieder eingesetzt. Ein „freies“ Plebiszit soll diese Aktion bestätigen. Dem Volke werden prachtvolle soziale und politische Reformen versprochen. Ob mit einigem Ernst?

In *Spanien* hat sich die Krise der Halbdiktatur weiter entwickelt. Man redet von einem „Ruck nach links“. Das (neue) Ministerium Chapaprieta soll auch Anhänger der „Linken“, mit Ausschluß der Sozialisten, umfassen. Katalonien erhalte seine „Freiheiten“ zum großen Teil zurück.

In *Polen* hat ein Regierungswechsel stattgefunden, von dem behauptet wird, daß er nichts bedeute. Das Oberstenregiment stehe auf sehr schwachen Füßen und mit ihm der „deutsche Kurs“.

Die *Memel-Wahlen* haben rund 1 500 000 Stimmen für die Deutschen („Einheitsliste“) und rund 370 000 für die Litauer ergeben, was für jene 24, für diese 5 Landtagsitze ausmacht.

Die *ostpreussischen Manöver*, zu denen auch Hitler erschien, hatten eine sehr deutliche Spitze gegen Litauen und Rußland.

Mit *Henry de Jouvenel* hat Frankreich einen beweglichen Politiker verloren, der besonders auch die Freundschaft mit Mussolini gefördert hat, die nun in die Brüche gehen will.

II. *Abessinien.* 1. *Die Stellung der andern Staaten.* Japan scheint ein Doppelspiel zu treiben; es erklärt seine Neutralität (um die Hände gegen Rußland frei zu haben?), unterstützt aber Abessinien militärisch und politisch. Es richtet in Addis Abeba eine Gesandtschaft ein.

Australien stellt sich fest auf die Seite Englands.

Die *Vereinigten Staaten* gewähren (wie England) Italien keine Kredite. An großen antifaschistischen Demonstrationen wird Mussolinis Bild zerrissen. (Vgl. „Zur Weltlage“.)

In *Oesterreich* ist die Volksstimmung weit überwiegend gegen Italien.

(Ueber *Deutschlands* Stellung nachher.)

2. *Gabrielle d'Annunzio* wendet sich für Italien an den Präsidenten Lebrun und an das französische Volk.

Lloyd George fordert sofortige, auch militärische Sanktionen.

In Paris besteht ein *Comité pour la défense du peuple abyssin*, dem Vertreter aller Parteien, z. B. auch *Marc Sangier*, angehören. 195 Organisationen sind ihm angeschlossen.

Ein Kongreß der *antifaschistischen Italiener* gegen den Krieg hat in Brüssel stattgefunden.

(Der bewegliche ehemalige Sozialist und Antifaschist *Arturo Labriola* aber ist „zu Mussolini gegangen“.)

3. Was ist's mit dem *Suez-Kanal*? *Villard*, der durchaus zuverlässige Redaktor der weltbekannten amerikanischen Zeitschrift „*Nation*“, berichtet aus Suez, dort seien zwei, offenbar von antifaschistischen, vielleicht pazifistischen, Amerikanern gecharterte, mit Zement beladene Schiffe versenkt worden, was eine Sperrung des Verkehrs für Wochen oder gar Monate bedeute. Und doch scheint der Verkehr vorwärts zu gehen.

III. Deutschland. Am Parteitag von *Nürnberg* hat Hitler erklärt: „Der Führer ist die Partei und die Partei ist der Führer.“ (*L'état, c'est moi!*) „Die Partei wird Aufgaben lösen müssen, für welche der Staat nicht geeignet ist.“ (Wiederholung des 30. Juni?)

Der „*Völkische Beobachter*“ verspricht die baldige Verwirklichung des „deutschen Sozialismus“.

Der „*Stürmer*“ erscheint in einer Auflage von 410 000. Er ist auch die Lektüre zahlloser Schulkinder. „*Stürmer*“-Kästen werden sogar an Kirchen angebracht und von Pfarrern gesegnet. (Was für ein Geist muß von denen Besitz ergriffen haben? Wären die noch als Priester *Thors* möglich?) Er wird auch als „beste Familienzeitschrift für den Kaffeetisch“ empfohlen. Dabei ist er wesentlich ein Organ perverterter geschlechtlicher Gemeinheit geworden. Was für eine Vergiftung muß davon ausgehen!

In *Ratibor* wird ein jüdischer Fußballspieler totgeschlagen.

Eine *Milliardenanleihe* wird mühsam untergebracht, mit Hilfe der Sparkassen und der Banken, besonders der *jüdischen* (!).

Die Leiche *Hindenburgs* wird unter großem militärischem Pomp ins *Tannenbergdenkmal* umgebettet. Schade, daß sie sich nicht aus dem Sarge erheben und etwas von *Hindenburgs* letzten Wochen erzählen konnte und von seinem famosen Testament, von dem es stille geworden ist, nachdem es seinen Dienst getan.

2. *Der Terror.* Die „*Deutsche Revolution*“ *Otto Strassers* berichtet: „In den letzten Tagen wurden mit fünf großen, geschlossenen Schnelltransportwagen etwa 80 gefesselte Personen nach *Lichterfelde* gebracht [wo ein großer Teil der Opfer des 30. Juni umkam] und dort auf dem Hof der ehemaligen Kadettenschule erschossen. Die Namen und Gründe konnten bis heute nicht festgestellt werden.“¹⁾

Es gehe jetzt wieder besonders stark gegen die *Sozialdemokraten* — ein Zeichen, daß die „*Marxisten*“ nicht so „tot“ sind, wie man etwa vorgibt.

Religiöse Organisationen werden als Schlupfwinkel der „*Staatsfeindlichkeit*“ verboten, so „*Soziale Gemeinde*“, „*Kämpfer für Glauben und Wahrheit*“, „*Wiedertäufer*“. Sollten damit wirklich die „*Täufer*“ (*Baptisten*) gemeint sein oder eine besondere, vielleicht neue Gruppe?

Es finden fortwährend *Entlassungen* von *Professoren* und *Beamten* statt, sei's wegen „*Nichtariertum*“, sei's wegen „*nationaler Unzuverlässigkeit*“. So der bekannte Psychologe *Wolfgang Köhler* in Berlin, der Ministerialdirektor *Richard*

¹⁾ Wenn das stimmt, so war schon das Anlaß genug zu dem Geheimerlaß von *Göbbels* an die Presse, „daß der Name des Führers und Reichskanzlers im Zusammenhang mit Hinrichtungen nicht erwähnt werden dürfe.“

Meyer, der höchst tüchtige Vorsteher der Abteilung Osteuropa des Außenministeriums. 70 jüdische Richter werden aus dem gleichen Grunde beurlaubt und einer sehr großen Zahl von jüdischen Notaren die Fortführung ihres Berufes verboten.

Der „*Stahlhelm*“ wird endgültig aufgelöst.

Auch die „*Kreuzzeitung*“, das berühmte alte Organ der protestantischen äußersten Rechten mit ihrer Devise: „Für Gott, König und Vaterland“, muß sterben.

Aus der „*Historischen Zeitschrift*“ wird Professor *Meineke* entfernt.

Es wird ein „*Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschland*“ geschaffen. Dazu gehört, was man sich für später merken muß, u. a. auch Professor *Marks* in Berlin, daneben, was nicht weniger interessant ist, Professor *Sbrik* in Wien.

Gottlob gibt es Leute, deren Rücken geschmeidig ist! Zu ihnen scheinen die wieder in Gnaden angenommenen Musiker *Furtwängler* und *Hindemith* zu gehören. Man mag sich die auch merken!

3. *Am Rande des Reiches.* Danzig muß vor dem Völkerbundsrat erscheinen. Der Senatspräsident Greiser tut es mit Hitlergruß. Der Rat tadelt die Identifikation von Partei und Staat, mißbilligt den Boykott gegen die Juden und hebt das Verbot der sozialdemokratischen „*Volksstimme*“ auf.

Vor Polen hat Danzig nun wirtschaftlich so ziemlich kapitulieren müssen.

Durch einen Prozeß, den *Henlein*, der „Führer“ der „*Sudetendeutschen Heimatfront*“, gegen die „*Prager Presse*“, ein Organ von Benesch, führt, scheint an den Tag gekommen zu sein, daß dieser einfach ein Agent des Hitlertums ist und seine Partei als eine Gauorganisation desselben betrachtet wird. Er soll auch Gelder empfangen haben (100 000 Kronen = etwa 20 000 Schweizerfranken).

Aus dem *Völkerbund* ist Deutschland nun endgültig ausgetreten. Was kein Schaden ist, solange es sich um *dieses* Deutschland handelt.

4. *Verhältnis zum Abessinien-Krieg.* Der neue italienische Gesandte, *Attolico*, der die Freundschaft zwischen Hitler-Deutschland und Mussolini-Italien aufwärmen soll, wird von Hitler mit kühler Freundlichkeit empfangen.

Göbbels redet von „selbstgewählter *Neutralität*“ Deutschlands.

Hitler antwortet an dem Bauernfest (Erntedankfest) bei Bückeburg auf eine Rede *Baldwins*, die einige kritische Bemerkungen über „*Diktaturen*“ enthielt, u. a. mit dem Satze: „Die meisten Kriege stammen aus dem Wesen der Demokratie.“ Am Parteitag hatte er, ebenfalls gegen Baldwin, erklärt: In Deutschland herrsche, im Gegensatz zu den demokratischen Ländern, „tiefer Friede“. (Besonders in den Konzentrationslagern!)

IV. *In Oesterreich* steigen infolge des mussolinischen Abenteuers in Afrika die Chancen Hitlers. Sie werden durch von Papen mit gewohnter Gerissenheit gefördert — soweit es ihm paßt. Im Salzburgischen haben wieder Terrorakte der Nationalsozialisten (Bomben mit Zeitzündern!) stattgefunden.

Die *protestantische Geistlichkeit* steht in ihrer großen Mehrheit ganz oder teilweise auf *dieser* Seite. Der bekannte Pfarrer *Gerhard Fischer* einer Gemeinde bei Linz ist deswegen kürzlich verurteilt worden.

Das klerikal-faschistische Oesterreich übt selbst Diktatur. *Professor Uhde* wird neuerdings wegen Aufwiegelung, Herabsetzung von Behörden (als ob die sich nicht selbst herabsetzten!), Antastung der Familie und des Eigentums (natürlich Verleumdung!) angeklagt.¹⁾

V. *Soziales.* In *Dänemark* geht die Bauernbewegung mit unverminderter Heftigkeit vorwärts. Der Kampf dreht sich stark um die von den Bauern gewünschte Inflation.

In *Ungarn* sind alle auf Gütern unter 100 Joch liegenden Schulden gestrichen worden. Ähnliche Maßregeln sollen für die größeren Güter bevorstehen.

¹⁾ Inzwischen ist ein Staatsstreich erfolgt, der *Starhemberg* obenauf bringt und die *italienische* Richtung, die starke Anfechtung erfährt, neu verstärkt.

In Penfylvanien, Illinois und Virginia ist es zu einem Streik von etwa 500 000 Kohlenbergwerksarbeitern gekommen, ebenso zu einem großen Streik dieser Arbeiter in Südwalen.

VI. Sozialismus. 1. Die Einheitsfront. In Frankreich ist die Einheitsfront zwischen Sozialisten und Kommunisten nun auch in bezug auf die Gewerkschaften zustande gekommen. Sie hat ein Programm ausgearbeitet, das ein wenig dem „Plan“ gleicht, jedenfalls vom gleichen Typus ist. In England und anderwärts wurde die Einheitsfront abgelehnt. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale (Komintern) hat der sozialistischen (Zweiten) Internationale eine Verbindung zum Kampf gegen Krieg und Faschismus vorgeschlagen.

Eine Frage: Wo bleibt im Kampfe gegen Diktatur, Faschismus und Krieg die polnische, ungarische, baltische und finnische Arbeiterbewegung?

2. Der Kampf gegen den abessinischen Krieg. Die Zweite sozialistische und gewerkschaftliche Internationale hat in Brüssel ihre Forderung erneuert, daß der Völkerbundspakt streng und rasch gegen Italien angewendet werde und ihre Unterstützung in Aussicht gestellt. Was wird Grimm dort gesagt und gehört haben? Werden sie den Weltboykott wirklich an die Hand nehmen?

Die englischen und französischen Sozialisten haben sich in Paris besprochen und große Volksversammlungen gegen den abessinischen Krieg und Mussolini veranstaltet. Ebenso die Kommunisten. Bei ihnen hat auch Norman Angell, der Verfasser des Buches „The great illusion“ (Die große Täuschung), gesprochen.

Die internationale Gewerkschaftsorganisation der Transportarbeiter hat Boykott-Maßregeln gegen den Krieg anempfohlen. Die französischen Hafen- und Dockarbeiter haben daraufhin beschlossen, keine italienischen Schiffe mehr zu laden und zu löschen. Ebenso die von Oslo und Cardiff (Wales), kein Kriegsmaterial und keine Kohle zu verladen. Die französischen Eisenbahner wollen ebenfalls kein Kriegsmaterial transportieren. Die englische Schuhmachergewerkschaft hat eine große Lieferung von Militärschuhen für Italien zurückgewiesen.

Das alles ist bei dem heutigen Stand der Arbeitsmöglichkeit und der Löhne keine Kleinigkeit. Aber es muß noch sehr viel mehr geschehen, eine umfassende Aktion zustandekommen.

Wieder ist für Sozialismus und Gewerkschaftsbewegung eine große Gelegenheit und große Prüfung gekommen.

Sie müssen sich das durchdringend klar machen.

VII. Militarismus und Antimilitarismus. Die „Amerikanische Legion“ fordert die Aufrüstung der Vereinigten Staaten und Bezahlung der Schulden an sie durch Europa.

In der Roten Armee werden wieder die Rangzeichen eingeführt. — In Berlin ist eine Kriegsakademie eingeweiht worden.

Kellogg ist als Mitglied des Internationalen Gerichtshofes zurückgetreten.

Litwinoff ist in Genf auf die Abrüstungsforderung zurückgekommen und hat damit die Wut der „Neuen Zürcher Zeitung“ erregt.

Die Europa-Union hat auf ihrer Tagung in Biel den Beschluß gefaßt, daß eine Initiative auf die Beschränkung der privaten Rüstungsindustrie ins Werk gesetzt werden solle. Sie solle einer Kontrolle durch den Bundesrat unterworfen werden.

Dazu ist zu bemerken: die „Zentralstelle für Friedensarbeit“ hat längst eine ähnliche Initiative ins Auge gefaßt und dafür die Vorbereitungen gemacht. Sie ist aber an der Haltung der Völkerbunds-Vereinigung gescheitert. Wir erwarten freilich nichts von einer bloßen Kontrolle durch einen Bundesrat, in dem ein Obrecht sitzt, und fordern ein völliges Verbot aller Rüstungsausfuhr.

René Gerin (vgl. das Aprilheft) ist auf den Druck der öffentlichen Meinung hin freigelassen worden.

VIII. *Religion und Kirche.* 1. In der Schweiz gibt die Oxford-Bewegung fortwährend viel zu reden. Ueber ihre Zürcher Tagungen bringen wir in diesem Hefte eine Stimme. In bezug auf die in Genf sei die Bemerkung gemacht, daß dort von den Leitern die Verteilung des Manifestes des Bundes der religiösen Sozialisten um keinen Preis erlaubt wurde. Warum nicht?

In Basel fand anfangs Oktober eine *internationale Konferenz antimilitaristischer Pfarrer* statt. Sie verlief infolge der geistigen, politischen und wirtschaftlichen Krise in bescheidenerem Rahmen als die in Zürich, sei aber schön, warm und gediegen gewesen. Einige Resolutionen mögen einen Bericht vertreten.

In St. Gallen fand die Jahreskonferenz der *Prediger-gesellschaft* statt, die infolge der Anwesenheit *Professor Barths* außergewöhnlich zahlreich besucht war. Aber es lief nicht ohne Enttäuschung ab. Das Hauptthema bildete die Frage, ob die Kirche ein *Bekenntnis* haben müsse. (Sie hätte zum Bekennen Gelegenheit genug, es fehlen bloß die Bekenner!) Während sich das Referat Barths einer gewissen Zurückhaltung befleißigt habe, sei es dann in seinem Schlußwort zu unerhört scharfen Äußerungen gegen die Liberalen, die Positiven, die Pietisten und die Schwärmer (worunter wohl die Religiös-Sozialen zu verstehen sind!) gekommen. Barth habe erklärt, er könne diese nicht „Brüder in Christo“ nennen. Es werde vielleicht zu einem Schisma kommen müssen. Was *uns* anbetrifft, so verzichten wir gern auf solche „Brüder in Christo“. Mit dem wirklichen Christus hat ja dieser Geist nichts zu tun.

Vielleicht kommen wir an Hand des Berichtes auf den „Fall Barth“ zurück.

Das *Manifest des Bundes der Religiösen Sozialisten* findet in der „Semaine Religieuse“ eine sehr gehässige Beurteilung. Es sei zu lang und komme zu spät, sei auch nutzlos, da ja der Völkerbund in Funktion getreten sei. Als ob die Erneuerung der Sache Christi und die dazugehörige Buße jetzt nicht mehr nötig wären! Aber Buße lassen sich am wenigsten die offiziellen und nichtoffiziellen Bußprediger verkündigen. Das besorgen sie lieber selbst — *Anderen* gegenüber! Auch eine, übrigens nicht gehässige, nur den Sinn des Manifestes völlig verfehlende Kritik in der „Evangelischen Volkszeitung“ ist in diesem Geiste gehalten. Die anderen Blätter haben den Aufruf einfach ignoriert.

Was aber wichtiger ist: Nicht in einem einzigen der mir zu Gesicht gekommenen religiösen und kirchlichen Blätter habe ich im Laufe all dieser Monate ein Wörtlein von dem, was ein „christliches“ Volk einem andern antut, und allem Entscheidenden, das dran hängt, gefunden. Der Streit zwischen Prof. Barth und Prof. Brunner über „Natur und Gnade“ oder auch das neue Gefangbuch ist diesen Kreisen sehr viel wichtiger. Man kann über solchen Erscheinungen nur immer wieder an das Gleichnis vom Weltgericht mit *seinem* Wichtignehmen der *Brüder*, und zwar der *Geringsten*, denken.

2. Im *deutschen Kirchenstreit* hat sich eine etwas unerwartete Wendung ereignet. Es ist für die protestantische Kirche ein „*Reichskirchen-Ausschuß*“ eingesetzt worden, der nun an Stelle des Reichsbischofs tritt. Dieser wird zur bloßen Schattenfigur. Das ist eine Konzession an die Opposition. Freilich haben sich dieser neuen Kirchenregierung nur Männer von geringer geistiger Bedeutung zur Verfügung gestellt. Bodelschwingh hat abgelehnt, zum Glück für seinen Ruf. Die Bekenntniskirche weigert sich, diese neue Ordnung anzuerkennen. An ihrer Synode (die in Berlin-Dahlem, statt, wie geplant, in Königsberg stattfand), war ein Regierungsbeamter, Ministerialdirektor Stahm, erschienen und hatte ein wenig im Kasernenhofstil geredet, sie als „ganz überflüssig“ erklärt und allerlei Drohungen geäußert. Der Rücktritt Dr. Kinders von der Reichsleitung der „Deutschen Christen“ wegen „unüberbrückbaren Gegenfätzen“ beweist aber, daß es im Lager des Hitler-Christentums nicht glänzend aussieht.

Gegen die *römische* Kirche geht die Verfolgung weiter. Besonderes Aufsehen hat neuerdings die Verhaftung und Verurteilung des *Bischofs von Meissen*, Legge,

wegen sogenannten Devisenbetruges gemacht. Ein Bischof zwischen zwei Polizisten auf der Anklagebank: ein sehr lange nicht mehr gesehenes Schauspiel. Eigentlich etwas Verheißungsvolles — nur sollte es sich nicht gerade um Devisen handeln!

Es kann schon noch besser kommen! Denn ich glaube, daß dieser Kampf zwischen Hitlertum und Christentum *ausgetragen* werden muß. Jeder Friede wäre sehr faul!

3. Vielleicht ist in diesem Zusammenhang die zuverlässigen Quellen entnommene Mitteilung gar nicht unangebracht, daß in *Sowjetrußland* die sogenannten *Sekten* 16—23 Millionen Mitglieder zählen.

IX. *Natur und Kultur.* 1. Ein gewaltiger *Taifun* hat sich über Japan entladen.

Von *China* wird berichtet, daß in den dortigen Ueberschwemmungen 100 000 bis 150 000 Menschen umgekommen seien. Etwa 20—25 Millionen seien obdachlos. Die materiellen Verluste seien auf etwa eine Milliarde chinesischer Dollar zu schätzen.

2. Die *Türkei* löst die *Freimaurer-Logen* auf.

Im Hospital in Aleppo ist *Karen Jeppe* gestorben, eine der segnenden, helfenden und heilenden Gestalten, an denen der Glaube an Gott und den Menschen sich aufrichten kann. Ihr Werk und Leben galt dem entsetzlich geschlagenen, unter die Räuber und Mörder gefallenem Volk der Armenier. 17. Oktober.

Zur Schweizerischen Lage.

Das Schicksal der Schweiz hängt in diesen entscheidenden Stunden der Geschichte am Schicksal *Abyssiniens*. Darüber ist anderwärts in diesem Hefte das Wesentliche und Grundsätzliche gesagt. Hier sei noch kurz darüber berichtet, wie sich außerhalb des Bundesrates und seiner Delegation zum Völkerbund und außerhalb der regierenden Sozialdemokratie die Schweiz in dieser Entscheidungsfrage verhält. Die Antwort muß auch hier lauten: unerfreulich, ja traurig, weil matt und halbherzig, wenn nicht geradezu erbärmlich. Der Ausnahmen sind wenige.

Zum Allererbärmlichsten gehört es jedenfalls, wenn die „Neue Zürcher Zeitung“ (24. September, in einer A. A. gezeichneten Korrespondenz) und die „Berner Tagwacht“ in ihrer Drückebergerangst so weit gehen, die Schaffung des Völkerbundes überhaupt zu beklagen, weil er in so unbequeme Lagen bringe (man denke, wie bequem die Welt es ohne Völkerbund hätte!), oder doch, daß die Schweiz ihm beigetreten sei, wobei die „Tagwacht“ sich rühmt, daß die Sozialdemokratie dagegen gewesen sei. Sehr in der Nähe solcher Erbärmlichkeit steht es, wenn die „Neue Zürcher Zeitung“ (22. September) von „doktrinären Bedenken“ redet, aus denen man Mussolini nicht gebe, was er verlangt, nämlich die Versklavung Abyssiniens, und diese einen „realistischen Plan“ nennt (18. September). Möge uns der Himmel davor bewahren, daß solcher „Realismus“ eines Tages auf die Schweiz angewendet werde, und auch davor, daß an diesem Tage solche „Realisten“ die Schweiz regieren. Um von Artikeln wie dem des ehemaligen Präsidenten des Saargerichtshofes, *Otto Nippold*, „Membre de l'institut du droit international“ (wer lacht nicht!) mitleidig zu schweigen. (Vgl. „Neue Zürcher Zeitung“ Nr. 1723.) Und es findet sich unter den Lesern keiner, der gegen diesen fortgesetzten Verrat der Schweiz protestiert. Aber auch in der „National-Zeitung“, worin Doktor Kober in dieser Sache einzelne Artikel schreibt, an denen man Freude haben kann, darf der (überhaupt reaktionär bornierte) Pariser V.-Korrespondent erklären, man mache zu viel Aufhebens aus einer „kolonialisatorischen Frage“.¹⁾ Möge es niemandem

¹⁾ Bezeichnend für die „neutrale“ Herzenskälte ist auch folgende Aeußerung der „Neuen Zürcher Zeitung“ (11. Juni) über den Vorschlag eines italienischen *Protektorates* über Abyssinien: „Dem neutralen Beobachter steht es nicht an, den zu-

einfallen, einmal die *Schweiz* auf diese Art „kolonifatorisch“ zu behandeln! Am Willen dazu fehlt es nicht! Daß die „Erneuerer“ der Schweiz, die in den „Fronten“ das Wort führen, den Völkerbund preisgeben, braucht uns nicht zu wundern. Die „Treue“, die Rolf Henne in seiner Schrift über den „Eidgenössischen Sozialismus“ zur Grundlage der Eidgenossenschaft macht, scheint also an einem eklatanten Wort- und Treubruch nicht zu hindern? Man geht in diesen Kreisen so weit, den Austritt aus dem Völkerbund ins Auge zu fassen, nur um ihm nichts leisten zu müssen, und verbirgt hinter dem Neutralitäts-Götzenbild Motive, die nicht allzu eidgenössisch sind. Die „Nationale Volkspartei“ in Basel will sogar eine Austrittsinitiative ins Werk setzen.

Ausnahmen *gibt* es. In der *sozialistischen* Presse vertreten das, was jeder Schweizer mit geradem Sinn heute vertreten muß, der „Aufbau“ und die „Volksstimme“ in St. Gallen, zum mindesten in ihren Redaktoren, Hugo Kramer und Max Gerber, aber auch in Andern; ferner die sozialistischen Organe der welschen Schweiz. Dazu kommen gelegentliche Äußerungen der bürgerlichen Presse. In der parteilosen stehen die „Republikanischen Blätter“ für eine ehrenhafte Haltung ein, dazu die „Nation“. Das gleiche hat die „Völkerbunds-Vereinigung“ in einer besonderen Sitzung getan. Es ist anzuerkennen, daß Professor Bovet in erfreulichem Gegensatz zu Motta seine Sympathie für Mussolini der Liebe zur Schweiz geopfert hat. Die Stellungnahme der religiös-sozialen und antimilitaristischen Kreise ist durch die Resolutionen, die in diesem Hefte erscheinen, gekennzeichnet. Im übrigen macht diese Aufzählung nicht Anspruch auf Vollständigkeit; sie wollte nur zeigen, daß Motta, Grimm und Henne nicht die *ganze* Schweiz sind.

Die gleiche egoistische und kurzfristige Ablehnung alles dessen, was nicht unmittelbar einem Partei- oder einem Profitinteresse dient, zeigt sich in der Behandlung der *Emigrantenfrage* durch unsere Behörden überhaupt und besonders auch durch den Bundesrat. Nachdem Motta schon in der betreffenden Völkerbunds-kommission laut Zeitungsberichten gegen die norwegische Anregung, diese Sache ernsthaft an die Hand zu nehmen, erklärt hatte, „der Völkerbund habe für Emigranten schon viel getan“ (was in bezug auf die vor dem Faschismus und Nationalsozialismus Geflüchteten eine grobe Unwahrheit ist) und keine Lust zu weiterem zeigte, zeigte er in einer Besprechung mit den im Hilfswerk für die Emigranten beteiligten freien Vereinigungen vollends eine Herzlosigkeit, die mit dem Bekenntnis zu Christus, das er am Freiburger Katholikentag wieder abgelegt, in einem unerträglichen Gegensatz steht. Denn, wie heißt es im Gleichnis vom Weltgericht (Matth. 25, 31 ff.): „Ich bin ein Fremdling gewesen und ihr habt mich nicht beherbergt... ihr Verfluchten. Gehet in das ewige Feuer, das bereitet ist dem Teufel und seinen Dienern.“

Um bei der *Außenpolitik* zu bleiben, so hat der Bundesrat die gleiche Haltung der Angst und Liebedienerei, die er dem italienischen Faschismus gegenüber bekundet, aufs neue auch gegenüber dem Hitlerschen Deutschland gezeigt. Die Verteidigung, die Bundesrat Baumann auf eine formell vielleicht nicht allzu geschickte Interpellation des bündnerischen Nationalrates Canova, eines Sozialdemokraten, dem Hitlerschen „Gauleiter“ für Helvetien, *Gustloff* in Davos, behandelte, der die

künftigen Ereignissen mit Prophezeiungen vorzugreifen. Nicht weniger unzeitgemäß wäre es, in einer derart realpolitischen Angelegenheit ein durch Gefühlspolitik bestimmtes Urteil zu fällen. Vielmehr darf, ja muß man das Urteil der Geschichte überlassen. Auch wenn manches, was in den letzten Monaten in den italienischen Zeitungen und Zeitschriften über Abessinien geschrieben wurde, den Stempel einseitiger Parteinahme trägt, so bleibt doch genug übrig, um die Zustände im äthiopischen Kaiserreich als verfahren, mittelalterlich und den primitivsten zivilisatorischen Begriffen zuwiderlaufend zu erkennen. Italien fühlt sich berufen, diese Zustände zu ändern.“

Schweiz für Hitler vororganisiert, kam fast auf eine Ermunterung hinaus, in seinem Geschäft fortzufahren.¹⁾

Dagegen fühlte sich Motta wieder einmal veranlaßt, *Nicole* für einen Artikel im „Travail“, worin er die *Wahrheit* sagte, einen Mahnbrief zu schicken, den *Nicole*, wohl durch die finanzielle Abhängigkeit Genfs vom Bunde belastet, nicht ganz so beantwortet hat, wie sich's einer solchen Bevogtung gegenüber gebührt hätte. Es handelte sich um Mussolini.

Zu einer Verbeugung vor Hitler-Deutschland führte zuletzt auch noch die überraschend eingetretene Erledigung des *Falles Jacob*. Jacob ist sofort nach seiner Freilassung und einer Konfrontierung mit seinem Verräter Wesemann *ausgewiesen* worden. Sein Hauptanliegen: die Entlarvung Hitler-Deutschlands, wie vorher des deutschen Militarismus überhaupt, ist ja etwas, was der Schweiz lästig sein muß, zum mindesten Motta. Im übrigen bewies das Entgegenkommen des Dritten Reiches, wie schlecht es mit seiner Sache stand. Es ist darum fast schade, daß die Sache nicht zum Austrag und ins volle Licht der Weltöffentlichkeit kam!

Inzwischen geht aber die „pénétration pacifique“ der Schweiz durch Hitler-Deutschland ruhig vorwärts. Ebenso die stetige Provokation.

Ganz bedenklich erscheint der Fall des Detektiv-Wachtmeisters *Ifeli* in Zürich, von dem behauptet wird, daß er als Chef der Abteilung für die Ueberwachung der Emigranten (!) mit der Hitlerschen Geheimpolizei (Gestapo) (und dazu mit der „Nationalen Front!!!) in Verbindung gestanden habe. Man erfährt auch, daß ein vor kurzem eingebürgerter Reichsdeutscher bei der schweizerischen Polizeidirektion angestellt sei, wenn auch nur auf ganz untergeordnetem Posten — auf dem man doch allerlei herausbringen kann! Ein Schaffhauser Arbeiter, *Paul Hirt*, ist in Deutschland wegen „illegaler Arbeit“ verhaftet und vom „Volksgericht“ in Berlin zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Hat man sich darum bekümmert, wie es sich mit seiner „Schuld“ verhält? Acht Jahre Zuchthaus ist keine Kleinigkeit, Herr Motta!²⁾ Die *Ausweisung Professor Barths*, der in Deutschland einen Vortrag halten sollte, in Zusammenhang mit einem sozialistischen Arbeiter zu nennen, ist wohl lästerlich? Es sei dennoch gewagt!

Fügen wir noch hinzu, daß die altberühmte, nun aber ihres Ruhmes auch verlustig gegangene Buchhandlung Teubner in Leipzig sich geweigert hat, die von Jonas Fränkel, Professor in Bern, besorgte neue *Ausgabe Gottfried Kellers* in der „Zeitschrift für Deutschkunde“ besprechen zu lassen, weil der Herausgeber „Nicht-arier“ sei. Was würde Gottfried Keller im „Oepfelchämmerli“ dazu sagen?

In Anbetracht dieses Tatbestandes wäre nichts notwendiger, als daß dem Bundesrat und besonders Motta die Leitung unserer „auswärtigen Politik“ und alles dessen, was damit zusammenhängt, aus der Hand genommen würde. Das wäre wirkliche Landesverteidigung. Statt dessen üben sie gerade darin die reinste Diktatur. Wir haben den deplacierten Mahnbrief an den ungezogenen Sohn Helvetias, der *Nicole* heißt, schon erwähnt. Es sei aber auch berichtet, daß Motta es ablehnte, über die Haltung des Bundesrates in der abessinischen Frage, also einer für die Existenz der Schweiz entscheidenden Sache, der Bundesversammlung Rechenschaft und Aufschluß zu geben. Wo in aller Welt, ausgenommen in Italien und Deutschland, wäre so etwas möglich? Auf die gleiche Diktaturlinie und zugleich auf die der Schwäche und Liebedienerei nach außen gehört es, wenn das Herrlein Pilet-Golaz auf eine Interpellation des Sozialdemokraten Huber es

¹⁾ So hat z. B. bei Anlaß des hitlerdeutschen „Herbstfestes“ in der Zürcher Tonhalle eine große, im „Tagblatt der Stadt Zürich“ angezeigte Parade des Nationalsozialismus stattgefunden, vom Bundesanwalt unbehindert.

In *Luzern* freilich hat ein ähnlicher Anlaß zu heftigen Demonstrationen gegen die Hakenkreuzfahne geführt.

²⁾ Man erfährt soeben, es seien bei Hirt auf deutschem Boden einige illegale Flugblätter gefunden worden. Und dafür acht Jahre Zuchthaus!

ablehnte, das *Radio* für die Verteidigung der Demokratie gegen den Faschismus und Nationalsozialismus freizugeben und erklärte, daß es für bundesrätliche Verlautbarungen reserviert werde. Der Ton und Stil seiner Antwort, wie die Behauptung, der Bundesrat sei eine „überparteiliche“ Instanz, die dann, auf Widerspruch hin, sich in eine „außerparteiliche“ verwandele, die ebenso eine Fiktion ist — gelinde gesagt! — zeigte wieder einmal, wes Geistes Kind *dieser* Schweizer ist. Im übrigen durfte dergleichen nur einer Sozialdemokratie geboten werden, vor der man keinen Respekt mehr hat.

Bei dieser Lage der Dinge ist es schon bitter notwendig gewesen, daß die *Konsultativ-Kommission zur Kontrollierung der Presse* an die Redaktoren der schweizerischen Tageszeitungen ein vertrauliches Rundschreiben richtete (von dem die „Neuen Wege“ also verschont geblieben sind), worin sie ihnen empfahl, brav zu sein und Ausdrücke wie „Meuchelmörder“, „bestialische Mordtaten“, „faschistische Verbrecherbande“ und so fort zu unterlassen. Diese politische Moraltante sollte doch einen Knigge für den Umgang mit Tyrannen herausgeben, daß man wüßte, was zum guten Ton gehört. Interessant ist, daß in dieser Kommission auch der einstige Redaktor des „Volksrechtes“ und jetzige zürcherische Regierungsrat Ernst Nobs sitzt. Der hat einst auch mit den „faschistischen Banden“ für die „Landesverteidigung“ operiert. Die braucht er freilich jetzt auch nicht mehr.

Wir gelangen auf dieser Linie von selbst zu den Taten der schweizerischen *Reaktion*. Dazu gehört die Erledigung des *Rekurses Humbert-Droz* durch das Bundesgericht. Humbert-Droz, dem bekannten Kommunistenführer, war durch den Regierungsrat des Kantons Waadt (wenn ich nicht irre), die Abhaltung eines sogenannten marxistischen Schulungskurses auf dem Boden der Waadt verboten worden, weil er „staatsfeindlich“ orientiert sei. Der Rekurs wurde mit den Stimmen der bürgerlichen gegen die sozialistischen abgewiesen. Also auch vor diesem obersten Gerichtshof der Eidgenossenschaft Urteilsfällung rein nach Parteigesichtspunkten! Daß es sich um ein *falsches* Urteil handelt, ist ganz klar. Denn gewiß ist Humbert-Droz und seine Partei gegen den jetzigen schweizerischen Staat. Aber ich frage: Ist das Mufy, de Reynold, das „Aufgebot“, die „Nationale Front“ nicht auch? Deren Vorträge und Kurse verbietet aber niemand. Wer sagt euch, welche Auffassung dem heutigen Staat mehr „feindlich“ ist, die kommunistische auf der einen oder die frontistische und faschistische auf der andern Seite? Und Gustloff darf auch Vorträge und Kurse halten. Und Michaelis Professor sein. Es gibt, sobald Politik in Frage kommt, keine Richter in Lausanne.

Wieder gelangen wir auf dieser Linie von selbst zu einer neuen Rubrik: dem großen Traktandum, das nun viele Schweizer bedeutend mehr beschäftigt als die abessinische Frage: den *Wahlen zur Bundesversammlung*, die am 27. Oktober stattfinden. Das Interessanteste daran ist die Abzeichnung der *zwei neuen Lager*, die sich in diesem Wahlkampf entdecken läßt. Auf der einen Seite ist das der vereinigten Reaktion. Man erstrebt einen „vaterländischen Verband“, worin sich alle bürgerlich-reaktionären Parteien und Richtungen zusammenfänden. Man fordert zur „nationalen Befinnung“ und zum gemeinsamen „Kampf gegen die Marxisten“ auf. „Moskau“ muß wieder einen Teil der geistigen Kosten bestreiten. Man warnt besonders auf der katholischen Seite vor der „sozialistischen Gefahr“, die „größer sei als je“. Für die Lage bezeichnend ist, daß bei dieser Bewegung die Katholiken Walthers die Führung beanspruchen.

Inzwischen tut man allerlei, um Wahlstimmung zu machen. Eine bundesrätliche Vorlage zur *Entschuldung* der Landwirtschaft ist erschienen. Dem Kanton Neuenburg ist eine *Krisenanleihe* von 45 Millionen gemacht worden, diesmal, weil es sich nicht um Nicole handelt, ohne Vormundschaft. Dem Mittelstand hat man mit neuen Verordnungen gegen die *Warenhäuser* gute Laune zu machen versucht. Bei diesem Anlaß (wenn ich nicht irre) brach Migros-Duttweiler auf dem Wege über einen Brief an Schüpbach, den Präsidenten des Nationalrates, in das Bundeshaus ein. Er ist ein (schon ziemlich fatter) Hecht im Karpfenteich und betreibt nun eine eigene Wirtschaftspolitik. Der Bundesrat will sich für *seine* Wirtschaftspolitik

Vollmachten geben lassen, die auf eine Art Diktatur hinausliefen. Inzwischen gehen die Bankkrache weiter. So hat neulich einer in Hochdorf (Luzern) stattgefunden. Daß der helvetische *Militarismus* gute Zeiten hat, versteht sich von selbst. Manöverherrlichkeit erfüllte wochenlang das ganze Land. Minger aber hält, nachdem er kurz vorher der Oxford-Bewegung ein gutes Zeugnis ausgestellt, in der Kirche zu Ettiswil, auf der der Antimilitarismus verboten wäre, eine das Militär verherrlichende Manöverrede.

Jene „Größe der sozialistischen Gefahr“ zeigt wieder, was heute ein rechter *Sozialismus* vermöchte. Aber der vorhandene ist gelähmt. Er hat sich durch den Abfall und eine traurige „Führung“ selbst um die dafür nötige Kraft gebracht. Er arbeitet im übrigen mit dem „Plan der Arbeit“ und der „Volksfront“ und hatte einen Extra-Parteitag für die Vorbereitung auf die Wahlen abgehalten. Bei diesem Anlaß (wenn ich nicht irre) wurde erklärt, man erkenne, daß ihre Krise (gemeint ist die Wendung zum Militärpatriotismus) die Partei nur gestärkt habe. Das kann man sagen, wenn man sich und Andere beschwichtigen muß. Für solche, die *sehen* können und dürfen, ist das Gegenteil klar: Der innere Zerfall der Partei ist unaufhaltbar. Die Haltung in der Sanktionenfrage wird ihn beschleunigen. Wie wenig aber jener Kotau vor dem Militärpatriotismus ihr in den Augen der *Gegner* genützt hat, zeigt deren ganze Haltung. Man vermißt nun das „*unbedingte*“ Ja sagen zur „Landesverteidigung“. Es sollen es alle machen, wie der Stadtpräsident Klöti von Zürich, der, nach den Manövern mit den Offizieren zusammensitzend, ihnen erklärte, „eine starke Armee“ sei das, was jetzt die Schweiz brauche. (Wozu wohl? Etwa gegen die „faschistischen Banden“?) Aber auch das würde nicht genügen. Es liegt in den Ansprüchen an Verrat etwas „*Totales*“! Auch das Bekenntnis der Sozialdemokratie zur Demokratie genügt der „Neuen Zürcher Zeitung“ nicht, trotz dem Zusammentreffen der Seelen in der Preisgabe der Ehre der Schweiz. (Welche „Demokratie“ die „Neue Zürcherin“ meint, bleibt dabei im Dunkeln.) Kurz: jener Verrat an sich selbst hat nichts genützt, sondern nur geschadet.

Im übrigen wiederhole ich: Der Weg der „Volksfront“ und der „Einheitsfront“ wäre recht; es käme nur darauf an, *wer* ihn ginge und *wie*. Mit der „Volksfront“ hapert es offenbar. Auch da hat es nichts genützt, daß man Gadiant gehorlam gewesen ist und ihm das Bekenntnis zur „Landesverteidigung auf den Altar der „Nation“ gelegt hat. Die „Einheitsfront“ aber macht Fortschritte. Auch in Zürich ist es sogar für die Wahlen zu einer Listenverbindung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gekommen. Die alten sozialistischen Partei- und Denkformen zerfallen, ein neuer Sozialismus kommt. Aber er hat allerlei zur Voraussetzung, was auch kommen muß und wohl kommt.

Von den *Wahlen* selbst ist natürlich nicht viel zu erwarten. Die neuen Männer, die wir nötig hätten, sind nicht vorhanden oder würden, wenn sie vorhanden wären, nicht gewählt. Ein Mann wie *Werner Schmid*, der hoffentlich gewählt und auf *seine* Art (ohne fett zu werden!) ein Hecht im Karpfenteich sein wird, ist vorläufig noch sehr allein auf dem Plan. Aber wenn die Schweiz eine Zukunft hat und nicht am Verrat an sich selbst zugrunde geht, so *müssen* sie kommen. Dann können Wahlen wieder etwas bedeuten. Aber vielleicht werden sie dann eine ganz andere *Form* haben, und zwar eine sehr viel demokratischere; die Form einer von der Materie und vom Geiste her wirklich erneuerten Demokratie und Schweiz.

16. Oktober.

Von der Gemeinde der Verewigten.

Zwei Menschen dürfen wir wohl auch zu der Gemeinde rechnen, welcher die „Neuen Wege“ dienen und zu der sie selbst gehören möchten.

Johann Jakob Frei, zuletzt Pfarrer an der zürcherischen Strafanstalt in Regensdorf, habe ich, trotzdem er eine Zeitlang Pfarrer meiner bündnerischen Heimatgemeinde war, nie persönlich kennengelernt. Aber ich weiß von Freunden über ihn viel Gutes und Schönes. Er muß ein feiner und tiefer Mensch gewesen sein. Und besonders in Regensdorf war sein Wirken so, wie man es jeder solchen